

Sudetendeutsches Märzgedenken am 6. März 2010 in Wien

Grußwort des Herrn Bundespräsidenten Dr. Heinz Fischer

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie haben mich eingeladen, für Ihre Gedenkstunde, die am 6. März 2010 in Wien unter dem Motto "Die verweigerter Selbstbestimmung - gestern und heute" stattfindet, eine Grußbotschaft zu übermitteln.

Ich komme dieser Einladung gerne nach und grüße sehr herzlich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Darüber hinaus wünsche ich Ihrer Feierstunde, die an eine Zeit tragischer Auseinandersetzungen und unschuldiger Opfer erinnert, im Geiste von Versöhnung und

Zukunftsorientierung einen würdigen Verlauf.

Meine Damen und Herren!

Wenn wir in die Geschichte Mitteleuropas zurückblicken, so finden sich im Laufe der Jahrhunderte viele gewaltsame Konflikte, aber auch viele verdienstvolle Bemühungen, Brücken der Nachbarschaft und der Zusammenarbeit zu schlagen und auszubauen.

Besonders schwierig war die Situation nach dem Zusammenbruch der Monarchie im Jahr 1918. Wir alle wissen über die tragischen Ereignisse des 4. März 1919 ebenso wie über die Jahre der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus zwischen 1938 und 1945 Bescheid, die u. a. zur Zerstörung der damaligen Tschechoslowakei geführt haben und Hass, Gewalt,

Verfolgung, Deportation und Vertreibung mit sich brachten.

Die Ereignisse von damals haben tiefe und schmerzhaft Spuren hinterlassen, und es folgte die mühsame Suche nach einem Neubeginn, nach Vertrauen und einem friedlichen Miteinander.

Ich glaube, dass wir - auch als Politiker - im Grunde immer noch Lernende sind, die sich bemühen, die Gräben der Vergangenheit zu schließen und mit Besonnenheit dazu beizutragen, dass sich die Fehler von damals nicht wiederholen bzw. überwunden werden.

Wir dürfen Konflikte und Auseinandersetzungen nicht leugnen, oder beschönigen. Wir sollten aber auch nicht stehenbleiben in unseren Bemühungen, Gegensätze aus der Vergangenheit zu überwinden und aufeinander zuzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte abschließend aus aktuellem Anlass noch ein weiteres Thema in aller Kürze ansprechen: Im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon ist in den letzten Monaten das leidvolle Thema der Benes-Dekrete wieder in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert worden.

Ich möchte dazu zwei klare Feststellungen treffen.

1. Es hat sich bei den Benes-Dekreten seinerzeit zweifellos um schweres Unrecht gehandelt. Daran gibt es nichts zu beschönigen.

2. Die Tatsache, dass vom tschechischen Staatspräsidenten als Voraussetzung für seine Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag die Bedingung gestellt wurde, dass die Europäische Grundrechtscharta in der tschechischen Republik keine Gültigkeit erlangt, hat auf die Benes-Dekrete in Wahrheit keine Auswirkung.

Leider keine positive Auswirkung in dem Sinn, dass sich der Standpunkt der tschechischen Republik verändert hätte; aber auch keine negative Auswirkung in dem Sinn, dass andere europäische Staaten damit die Benes-Dekrete "legalisiert" hätten. Davon kann keine Rede sein, und dies ist auch mit aller Deutlichkeit klargestellt worden.

Als österreichischer Bundespräsident werde ich mich weiterhin bemühen, an der Aufarbeitung dunkler Stunden unserer Geschichte mitzuarbeiten und dafür einzutreten, dass die Menschenrechte sowohl innerhalb der Grenzen unseres Landes als auch jenseits der Grenzen unseres Landes respektiert und hochgehalten werden. In einer Europäischen Union stehen die Chancen dafür wesentlich besser, als im Europa des 20. Jahrhunderts.

Ich bleibe mit meinen besten Wünschen für Ihre Gedenkveranstaltung im Geiste von Versöhnung und einer gemeinsamen europäischen Zukunft.

Dr. Heinz Fischer

Pressereaktionen: <http://www.ostdeutsches-forum.net/aktuelles/2010/PDF/SdP-Sonderausg-47-09-03-2010.pdf>

„Kurier“ : Ärger in Prag über Fischers "Missbrauch"

<http://kurier.at/nachrichten/1984771.php>

In einer Grußbotschaft an die Sudetendeutschen hatte Bundespräsident Heinz Fischer die Benes-Dekrete als "schweres Unrecht" bezeichnet.

Wahlkampf hier, Wahlkampf da - und das perfekte Streitthema dazu: Die Beneš-Dekrete, jene umstrittenen Beschlüsse aus dem Jahr 1946 zur Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung aus der damaligen Tschechoslowakei.

In einem schriftlichen Grußwort an die sudetendeutschen Landsmannschaften in Österreich hatte Bundespräsident Heinz Fischer die Dekrete als "schweres Unrecht" bezeichnet. In Prag reagierte man umgehend mit heftiger Empörung. Allen voran warf Präsident Vaclav Klaus Fischer vor, "schmerzhaft historische Themen" für seine Wahlkampagne zu missbrauchen.

Klaus hatte seine Unterschrift unter den EU-Lissabon-Vertrag im Vorjahr so lange verweigert, bis Tschechien eine Ausnahmeregelung für die EU-Grundrechtscharta erhielt. Damit, so der tschechische Präsident, sei man vor der juristischen Anfechtung der Beneš-Dekrete durch die Nachkommen vertriebener Sudetendeutscher geschützt.

Doch gerade das hat jetzt sein österreichischer Amtskollege deutlich in Zweifel gezogen. In der genannten Grußbotschaft erklärte Fischer, dass die Beneš-Dekrete keineswegs von anderen europäischen Staaten "legalisiert" worden seien und dass die Ausnahmen für Tschechien auf diese keinerlei Auswirkung hätten.

Populismus

Tschechiens Senatspräsident Premysl Sobotka zeigte sich überrascht, dass der österreichische Präsident eine Entscheidung der Großmächte anfechte, die Teil der Lösung nach dem Krieg gewesen sei. Der konservative Parteichef Topolanek nannte Fischers Vorgehen "gefährlichen Populismus".

Ganz allgemein vermutet man in Prag hinter den Bemerkungen des Bundespräsidenten eine Wahlkampf-Aktion. "Der Präsident ist im Wahlkampf", übte sich Sozialisten-Chef Jiri Paroubek in Ironie: "Und da will er nichts dem Zufall überlassen. Schließlich ist er Präsident aller Österreicher."

Wahlkampf aber vermutet man auch in der Wiener Hofburg hinter all dem politischen Getöse in Prag, das der Bundespräsident verursacht hat. In Tschechien finden Ende Mai Parlamentswahlen statt und als Verteidiger der für unsere Nachbarn unantastbaren Beneš-Dekrete kann man immer punkten. In Wien jedenfalls will man die Sache jetzt lieber auf sich beruhen lassen.

„Warum bringen sich die Leute um?“

GASTKOMMENTAR von Harald WALSER in: „Die Presse“, 19. 3. 2010 (unter dem Titel: „Warum bringen wir die Leute um?“)

<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/547230/index.do>

Heinz Fischer hat die Beneš-Dekrete als schweres Unrecht bezeichnet. Was trieb ihn zu dieser undifferenzierten Äußerung?

Heinz Fischer hat den „Scherben auf“. Der sonst eher übervorsichtige Bundespräsident hat die Beneš-Dekrete in einer Grußbotschaft an die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich als „schweres Unrecht“ bezeichnet. Für Jiří Paroubek, den Chef der tschechischen Sozialdemokraten, ein „Exzess, der die tschechisch-österreichischen Beziehungen überflüssig beschädigen kann“. Was trieb Fischer zu dieser ungewöhnlich undifferenzierten Äußerung? Na, Wahlkampf ist!

Wer das Unrecht des Jahres 1945 anspricht, tut gut daran, auch vorausgegangenes Unrecht anzusprechen. Wie wäre es mit 1938, als neben dem faschistischen Italien auch das demokratische Frankreich und Großbritannien den völkerrechtswidrigen Zugriff Hitlers auf das „Sudetenland“ im Vorhinein rechtfertigten und den Untergang der Tschechoslowakei – einer demokratischen Insel im faschistischen Mitteleuropa – vorbereiteten? Oder 1939: die Besetzung des „Protektorats“ beziehungsweise der „Resttschechei“ durch das NS-Regime? Immerhin führte das zu massenhaftem Unrecht und Maßnahmen zur vollständigen „Germanisierung“. 250.000 Opfer aus dem „Protektorat“ sprechen eine ebenso deutliche Sprache wie etliche Nazi-Massaker – das bekannteste in Lidice. Oder gehen wir noch weiter zurück?

Die Realität war anders

Die 150 Beneš-Dekrete sind ein wesentliches Fundament des tschechischen Staates. Auf ihnen gründen sich weitere Rechtsakte bis hin zum heutigen Grenzverlauf der Tschechischen Republik. Maximal fünf Dekrete befassen sich mit der Enteignung und Vertreibung der Sudetendeutschen. In ihnen sind ausdrücklich all jene Menschen ausgenommen, die sich im Widerstand für die Tschechoslowakei eingesetzt haben.

Die Realität war allerdings anders. Nicht zuletzt ausgelöst durch die Gräueltaten der SS im Mai 1945, kam es am 5. Mai 1945 zum „Prager Aufstand“ gegen die deutschen Besatzer, zur „wildem

Vertreibung“ und zu – so eine deutsch-tschechische Historikerkommission – geschätzten 40.000 getöteten „Deutschen“. Von den Alliierten gebilligt, wurden bis zu drei Millionen vertrieben.

Im Kalten Krieg ließ die offizielle Politik im Westen die revanchistische Politik führender Vertreter der Sudetendeutschen gewähren. Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kam man einander dank Politikern wie Václav Havel näher. Wer heute wie Fischer eine derartige Grußbotschaft an die Sudetendeutsche Landsmannschaft verfasst, muss wissen, was er tut. Wenn unser Staatsoberhaupt erklärt, dass die Vereinbarungen bei der Unterzeichnung des Lissabon-Vertrags „auf die Beneš-Dekrete in Wahrheit keine Auswirkung“ haben, provoziert er den tschechischen Nationalismus geradezu.

Mühevoll hat unter anderem der damalige Staatspräsident Václav Havel 1995 eine gegenläufige Entwicklung eingeleitet, Worte des Bedauerns und der kollektiven Scham über die Gräueltaten bei der Vertreibung der Sudetendeutschen gefunden und mehrmals die Aufarbeitung dieser Geschichte angeregt. Der Prager Historiker Jan Kren, einer der beiden Vorsitzenden der deutsch-tschechischen Historikerkommission, hat die veränderten Sichtweisen so auf den Punkt gebracht: „Kein Sudetendeutscher würde heute die Henlein-Partei wählen. Und kein Tscheche würde heute die Vertreibung gutheißen.“

Und nun wieder andere Töne ausgerechnet aus Österreich? Fischer sollte sich an den bedachten Äußerungen einer Frau Coudenhove-Kalergi orientieren. Sie als Vertriebene fragte schon 1998, was „die einst Vertriebenen am dringendsten brauchen“ und gab auch gleich eine Antwort: „Viele wären schon mit der klaren Feststellung zufrieden, dass ihnen Unrecht geschehen ist.“

Muss ausgerechnet unser Bundespräsident den Revanchisten in die Hände spielen, statt den Dialog mit allen Beteiligten zu suchen und so eine gefährliche Zuspitzung in Kauf zu nehmen? Mühsam versuchen unsere grünen Freunde in Brunn und Prag, die Verantwortung für die „wilde Vertreibung“ wahrzunehmen und die zarten Ansätze zur kritischen Aufarbeitung zu unterstützen.

Aufbruch nach gestern

Fischers Grußbotschaft ist da kontraproduktiv – sie ist ein Signal zum Aufbruch nach gestern. Sie schürt das gegenseitige Misstrauen statt wie Coudenhove-Kalergi vertrauensbildend zu wirken.

Und sie ermuntert Revanchisten dazu, erneut das Thema Restitution ins Spiel zu bringen. Wenn's ums Geld geht, hört sich der Spaß ja bekanntlich auf. Vielleicht sollte Fischer wieder einmal den „braven Soldaten Schwejk“ lesen: „Warum bringen sich die Leute um?“, lässt Jaroslav Hašek Schwejk fragen und auch gleich antworten: „Na wegen dem Geld. Natürlich.“ Natürlich!

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 19.03.2010)

Replik von Peter WASSERTHEUER : [Ein mutiges Wort von Heinz Fischer](#)

Eine Replik zum Gastkommentar von Harald Walser vom 19. März.

<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/556061/index.do>

Walser kritisiert Heinz Fischers Klarstellung, „die Beneš-Dekrete waren schweres Unrecht“, als „undifferenzierte Äußerung“. Die Verbalattacken aus Prag verdeutlichen,

dass Österreichs Bundespräsident die Finger auf eine Wunde legte, die den Tschechen weiterhin wehtut. Warum auch den Grünen Fischers Wort vom schweren Unrecht sauer aufstößt, kann nur erahnt werden, wenn man deren ideologischen Unterbau berücksichtigt. Ihnen geht es nicht um Fakten, vielmehr sollen manipulierte Geschichtsbilder Unrecht legitimieren helfen. Das war Methode in der Geschichtsschreibung kommunistischer Regime.

Walser steht in dieser Tradition, zumindest deckt sich sein Bild von den Sudetendeutschen mit jenem der stalinistischen Ära. Walsers Zugang zum sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis im 20. Jahrhundert konzentriert sich auf die Zeitspanne 1938–1945 und minimiert sich auf folgenden Mythos: Die Sudetendeutschen, die in „einer demokratischen Insel im faschistischen Mitteleuropa“ lebten, liefen in Scharen zu den Nationalsozialisten über, verrieten als Fünfte Kolonne die Tschechoslowakei und wurden 1945 für ihre Illoyalität zu Recht mit Heimatverlust und Vertreibung bestraft. Das, Herr Walser, kann zwei Jahrzehnte nach dem kommunistischen Kollaps keiner kritischen Öffentlichkeit mehr aufgetischt werden.

Die Geschichtsforschung steht heute ganz woanders. Walser weist zu Recht auf das Unrecht vor 1945 hin, zitiert zu Recht die NS-Verbrechen im Protektorat mit 250.000 Opfern, bleibt aber die Antwort schuldig, wer dafür die Verantwortung trägt. Walser bemüht hier die alte Kollektivschuldthese. Die wurde inzwischen aber auf dem Misthaufen der Geschichte entsorgt. Die Namen jener Sudetendeutschen, die sich eines NS-Verbrechens schuldig machten, sind bekannt, sie wurden teils sogar hingerichtet. Was aber war das Verbrechen der drei Millionen Vertreibungsoffer? Freilich war die Mehrheit für den Anschluss. Neben sprachlichen, ethnischen und historischen Motiven waren existenzielle Ängste ausschlaggebend dafür. Die Genese der deutsch-tschechischen Entfremdung des 20. Jahrhunderts begann keineswegs erst 1938.

Soziale Verelendung

Walser übersieht, dass die tschechische Okkupation sudetendeutscher Gebiete negativistische Ressentiments schürte, die für viele eine Identifizierung mit der neuen Staatsmacht unmöglich machte. Als die sudetendeutsche Sozialdemokratie am 4. März 1919 zu einem Generalstreik aufrief, bezahlten 54 Sudetendeutsche ihren zivilen Ungehorsam mit dem Leben. In Paris sicherte sich indessen Außenminister Edvard Beneš mit fragwürdigen Fakten den Erwerb dieses von Wien beanspruchten Territoriums. Die Krisen in den 1930er-Jahren führten dann zum Ruin der sudetendeutschen Industrie. Die Arbeitslosigkeit war bei den Sudetendeutschen viermal höher als unter Tschechen. Die Folgen waren eine soziale Verelendung des Mittelstandes, Anfälligkeiten für Radikalismen und das Ende des sudetendeutschen Aktivismus. Darauf erst gedieh Konrad Henleins Sudetendeutsche Heimatfront.

Eine Worthülse ist auch Walsers Hinweis auf die „kollektive Scham“ der Tschechen für das, was sich an Verbrechen nach 1945 ereignete. In Prag gelten die Beneš-Dekrete weiterhin als unantastbar. Dialogverweigerung, Verdrängung und die Verharmlosung der Vertreibungsverbrechen sind weder vertrauensbildend noch geeignet für eine kritische Aufarbeitung. Fischers mutiges Wort ist daher eine klare Absage an die geistige

Blockadepolitik der Tschechen. Die Grünen hingegen dienen mit ihrer plumpen Rechtfertigungsideologie nur dem tschechischen Links- und Rechtsextremismus.

Dr. Peter Wassertheurer (geb. 1964) ist Historiker, Germanist und Projektkoordinator im Haus der Heimat.
("Die Presse", Print-Ausgabe, 03.04.2010)

Zeithistorikers Ingo Haar: „Aus historischer Sicht sind Zahlen aus den Bilanzen von ›Vertreibungsverlusten‹ ohne Nennung ihres ursprünglichen Entstehungs- und Verwendungszusammenhangs nicht mehr anwendbar. (...) Im Kalten Krieg ging es den Erfindern dieser Zahlen um das Ziel der Revision des Potsdamer Abkommens, und damit auch um die Revision der europäischen Nachkriegsordnung. Diese Opfer-›Bilanz‹ ... sollte insbesondere die nach 1945 erfolgte Rekonstruktion der osteuropäischen Staaten, und damit auch die Rückkehr Polens und Tschechiens zur Eigenstaatlichkeit in Frage stellen, um deutsche Revisions- und Rückkehrszszenarien zu unterstützen.⁴⁶ Wer diese Zahlen der Vergangenheit heute reaktiviert, wird auch in Verbindung mit den historischen Zielen gebracht, die sie damals bezweckten: die Rückkehr Deutschlands in den Grenzen von 1937, und damit die Rücknahme der staatlichen Souveränität der nach 1945 rekonstruierten Staaten Ost- und Mitteleuropas.“

siehe: <http://www.springerlink.com/content/j52u12vq0h81220j>